



„Wollen wir eine Chance haben, mit unserer Sache durchzudringen, dann geht es meiner innersten Überzeugung nach nur mit der Autonomie. Mit der anderen Frage, und sie möge noch so sehr motiviert und rechtlich begründet sein, naturrechtlich usw., werden wir aus unseren besten Freunden Feinde schaffen. Das kann sich Österreich nicht leisten.“

Bruno Kreisky über Autonomie und Selbstbestimmung bei einer Tagung am 20. Januar 1960 in Innsbruck

EINE AUSSERGEWÖHNLICHE POLITISCHE LAUFBAHN



Bruno Kreisky (links) im Gespräch mit Landeshauptmann Silvius Magnago; mit im Bild auch Fred Sinowatz und Rudolf Kirchschläger (rechts).



Ein historisches Bilddokument: Bruno Kreisky (links), Franz Gschnitzer (Mitte) und Kurt Waldheim (rechts) im Oktober 1960 vor der UNO.



Österreichs Außenminister Bruno Kreisky mit seinem italienischen Amtskollegen Giuseppe Saragat in Genf am 25. Mai 1964.

Bruno Kreisky und die Südtirolfrage

VOR 100 JAHREN GEBOREN: Der charismatische SPÖ-Außenminister und Bundeskanzler hat die Geschichte unseres Landes entscheidend mitgeprägt

VON ROLF STEININGER (*)... WIEN/BOZEN. Am heutigen 22. Jänner wäre Bruno Kreisky 100 Jahre alt geworden. Über ihn und die aufkommende Kreisky-Nostalgie ist in diesen Tagen viel geschrieben worden. Ein Thema ist dabei aber bislang wenig bis gar nicht erwähnt worden, obwohl Kreisky als Außenminister damit jahrelang fast täglich zu tun hatte: Südtirol.

Als Bruno Kreisky 1959 Außenminister wurde, erkannte er sehr früh, dass Südtirol nicht nur ein Prüfstein für seine Politik war, sondern auch eine Chance bot, sich zu profilieren. Er erklärte die Südtirolfrage folgerichtig öffentlich zum Thema Nr. 1 der österreichischen Außenpolitik und hieß schon bald „der Minister für das Äußerste“; intern nannte man ihn in Anspielung auf Andreas Hofer „Andreas“, was er nicht ungenutzt hörte.

Keine Lösung ohne Zustimmung (Süd-)Tirols

Kreisky machte zwei Dinge von Anfang an deutlich: Die Südtirolfrage musste seiner Meinung nach aus dem Parteienstreit herausgehalten werden - was letztlich nicht gelang - und es würde keine Lösung ohne die Zustimmung der (Süd-)Tiroler geben.

Ein Blick in die Protokolle der zahlreichen geheimen Südtirolbesprechungen zeigt, wie Kreisky als Bürger von Welt in großen Monologen den Tirolern die Weltpolitik erklärte - und diese in der Regel schweigend zuhörten, um dann ihre Forderungen anzumelden. Anfang 1960 wollten sie um beinahe jeden Preis zur UNO. Kreisky hätte dies gern vermieden und war mit Bundeskanzler Raab im Sommer bereit, auf das Angebot des italienischen Ministerpräsidenten Tambroni zu Geheimgesprächen einzugehen.

Alles war für die Gespräche in Genf vorbereitet. Die (Süd-)Tiroler waren dagegen, sahen im Angebot nur eine „Falle“ und torpedierten das Unternehmen. Stattdessen gab es den Beschluss des Ministerrats, die Südtirolfrage vor die UNO zu bringen - gegen die massive Intervention von USA, Großbritannien und Frankreich.

Mit dieser Entscheidung begann ein neues Kapitel in der Südtirolfrage. In New York setzten sich zunächst die „Radikalen“ in der österreichischen Delegation durch: Es wurde eine Resolution

eingebraucht, in der das Gruber-de Gasperi-Abkommen von 1946 nicht erwähnt wurde. Tirols ÖVP-Landesrat Aloys Oberhammer (Kreisky: „pathologisch veranlagt“) schrieb triumphierend nach Innsbruck: „Mit dem Einbringen unserer Resolution haben wir unsere Schiffe verbrannt.“ Er und seine Mitstreiter hofften auf Ablehnung, um dann mit umso größerer Berechtigung die Selbstbestimmung fordern zu können - eine Rechnung, die nicht aufging.

Beginn der Debatte war „Debakel“ für Österreich

Die Realität in New York sah nämlich anders aus. Die ersten drei Tage der Debatte entwickelten sich für Österreich zu einem „Debakel“, wie die Briten das formulierten. Und Kreisky beschwor die Delegation, sich nicht zu „zerfleischen“. Am Ende gab es dann mit viel Glück die bekannte Resolution, in der Italien und Österreich aufgefordert wurden, ihre Probleme in Verhandlungen zu lösen, was von Delegationsmitgliedern zuvor noch als „unannehmbar“ bezeichnet worden war. Wäre es anders gelaufen, wäre Kreisky zurückgetreten.

Den Südtirolern gab er mit auf den Weg, sie sollten bei ihrer Berichterstattung in Südtirol klar machen, „dass eine Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht hier zu einer wirklichen Katastrophe geführt hätte; man hätte eine grausame Niederlage erlitten, es hätte sich daraus kein Ausweg gefunden, und die besten Freunde Österreichs wären ernstlich verstimmt gewesen.“

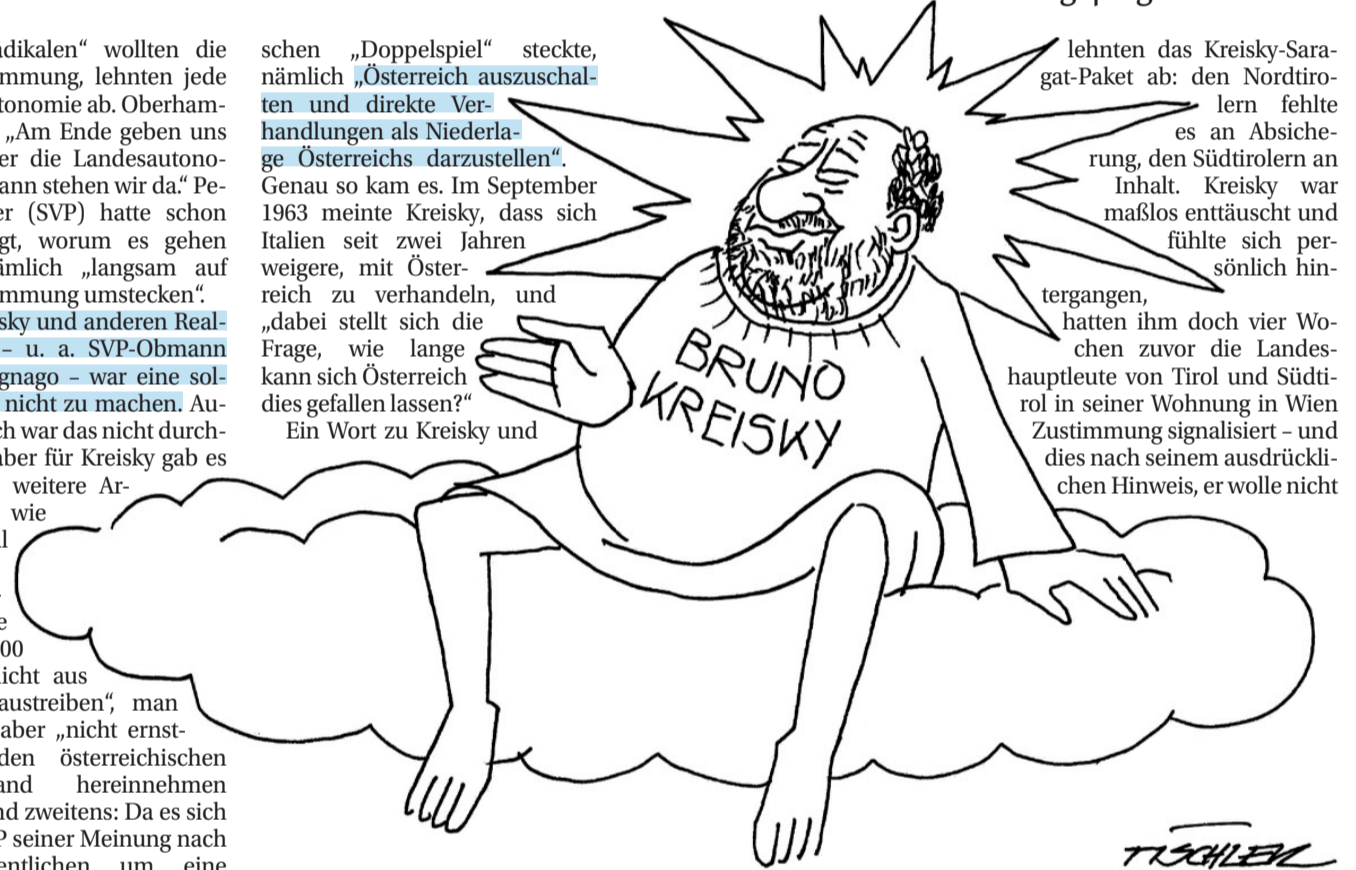
Die „Radikalen“ wollten die Selbstbestimmung, lehnten jede Art von Autonomie ab. Oberhammer sagte: „Am Ende geben uns die Italiener die Landesautonomie, und dann stehen wir da.“ Peter Brugger (SVP) hatte schon 1959 gesagt, worum es gehen müsse, nämlich „langsam auf Selbstbestimmung umstecken“.

Mit Kreisky und anderen Realpolitikern - u. a. SVP-Obmann Silvius Magnago - war eine solche Politik nicht zu machen. Außenpolitisch war das nicht durchzuhalten, aber für Kreisky gab es noch zwei weitere Argumente, wie er einmal formuliert: Zum einen könne man 150.000 Italiener nicht aus Südtirol „austreiben“, man werde sie aber „nicht ernstlich in den österreichischen Staatsverband hereinnehmen wollen“. Und zweitens: Da es sich bei der SVP seiner Meinung nach „im wesentlichen um eine Schwesterpartei der ÖVP handelte“, hatte er als SPÖ-Spitzenexponent kein Interesse daran, der ÖVP zu neuen Wählern zu verhelfen.

Die Gespräche mit den Italienern Anfang 1961 verliefen zäh, aber ein Erfolg war nicht auszuschließen. Dann kam die berühmte „Feuernacht“, um genau das zu verhindern. Aus taktischen Gründen boten die Italiener der SVP das inneritalienische Gespräch an. Kreisky empfahl den Südtirolern die Annahme des Angebots, obwohl er deutlich erkannte, was hinter dem italieni-

schen „Doppelspiel“ steckte, nämlich „Österreich auszuschalten und direkte Verhandlungen als Niederlage Österreichs darzustellen“. Genau so kam es. Im September 1963 meinte Kreisky, dass sich Italien seit zwei Jahren weigere, mit Österreich zu verhandeln, und „dabei stellt sich die Frage, wie lange kann sich Österreich dies gefallen lassen?“ Ein Wort zu Kreisky und

lehnten das Kreisky-Saragat-Paket ab: den Nordtirolern fehlte es an Absicherung, den Südtirolern an Inhalt. Kreisky war maßlos enttäuscht und fühlte sich persönlich hinfällig. Er hatte ihnen doch vier Wochen zuvor die Landeshauptleute von Tirol und Südtirol in seiner Wohnung in Wien Zustimmung signalisiert - und dies nach seinem ausdrücklichen Hinweis, er wolle nicht



ÜBERSTRALENDER STERN

den „Freiheitskämpfern“ 1961. Hier steht Aussage gegen Aussage. Kreisky hat nachweislich mit Aktivisten der „Feuernacht“ gesprochen; seine Reaktion hat diese offensichtlich in ihren Aktivitäten bestärkt. Über die Attentate war er nicht besonders überrascht. Er hatte diese Geister sicher nicht gerufen, hatte aber mit jenen, die später zum direkten Terror und Morden übergingen, nichts zu tun.

Regierungswechsel brachte Wende

Die Dinge änderten sich grundlegend erst ab Dezember 1963 mit der Bildung der Mitte-Links-Regierung in Rom unter Aldo Moro und Außenminister Giuseppe Saragat. Letzterer lud Kreisky sofort zu einem Gespräch ein, in dem er eine globale und vollständige Regelung der Südtirolfrage ankündigte: „Keine andere italienische Regierung werde mehr als die derzeitige bereit sein, das Südtirolproblem durch entsprechend große Konzessionen ... zu bereinigen.“ Ein Jahr später war man sich einig: Kreisky war überzeugt, dass er mit seinem italienischen Kollegen eine gute Lösung ausgearbeitet hatte, die mit dazu dienen sollte, eine neue Ära im Verhältnis zwischen Österreich und Italien einzuleiten. Diese Lösung war für ihn der Durchbruch, ein erster großer Triumph seiner Außenpolitik.

Im Außenministerium waren damals bereits alle Dokumente vorbereitet: die Erklärung im Nationalrat, vor der UNO usw. Nur das Datum musste noch eingetragen werden. Kreisky hatte auch bereits einen fixen Fahrplan für seine großen Auftritte in Bozen und New York.

Am 8. Jänner 1965 machten ihm die Tiroler alles kaputt. Sie

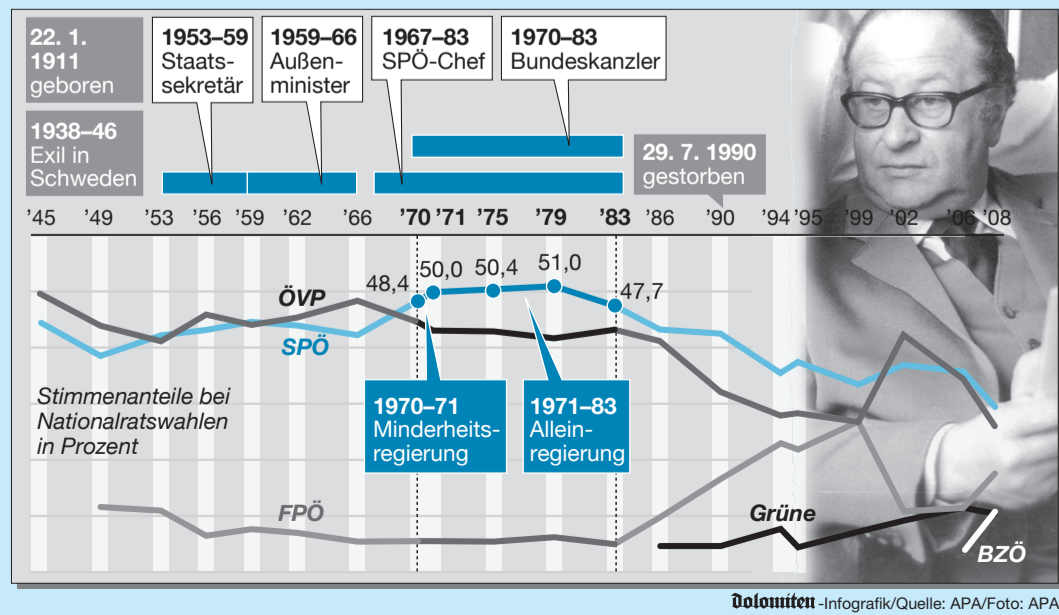
„im Nachhinein desavouiert werden“. Genau das war aus seiner Sicht geschehen. Kreisky vergaß das nie mehr. Die Südtirolfrage, mit der er sieben Jahre lang fast täglich zu tun gehabt hatte, interessierte ihn nicht mehr, die Südtiroler hielt er schlicht und einfach für „verrückt“, wie er intern meinte.

Er lehnte gleichzeitig jede andere Lösung ab und ging, nachdem die ÖVP seit Frühjahr 1966 die Alleinregierung stellte, mit der SPÖ auf Totalopposition gegen die angestrebte Lösung seiner Nachfolger Tončić und Waldheim. Er versuchte sogar, durch die Gründung der Sozialen Fortschrittspartei die SVP zu spalten. Letztlich lehnte die SPÖ im Nationalrat auch die viel zitierte Paketlösung 1969 ab.

Auch als Bundeskanzler interessierte Kreisky das Thema nicht mehr. Von einer Schützenveranstaltung in Schlanders ist folgender Satz eines Teilnehmers überliefert: „Für das angestammte Land hat der Teufel nix mehr übrig.“ Genau so war es! In seinen Erinnerungen widmete der Altkanzler dem Thema denn auch nur wenige Zeilen.

(*) = Univ.-Prof. Rolf Steininger war bis vor kurzem Leiter des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck und gilt als Fachmann für die Geschichte Südtirols.

Bruno Kreisky - Die politische Laufbahn



Dolomiten - Infografik/Quelle: APA/Foto: APA